



Gabriel, Steinmeier, Schulz

Diese Woche in Berlin war außergewöhnlich. Ich bin mir sicher, sie wird in die Geschichte eingehen. Sie war geprägt von einer großen Entscheidung und einer beispiellosen Aufbruchsstimmung. Und: Im Parlament gab es stehende Ovationen beim Abschied unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Jeder im Saal hat gespürt, dass ein großer Politiker Abschied aus dem Deutschen Bundestag nimmt – zum Glück wird er der deutschen Politik erhalten bleiben.



Dominiert wurde die Sitzungswoche jedoch von Sigmar Gabriel und Martin Schulz. Sigmar Gabriel hat endgültig unter Beweis gestellt, dass er ein großer Parteivorsitzender ist. Er hat mit seinem Verzicht auf die Kanzlerkandidatur und den Parteivorsitz den Weg frei gemacht für den, der bessere Chancen im Wettbewerb um das Kanzleramt hat. Und er hat damit seine persönlichen Ambitionen zum Wohle der SPD hintangestellt. Diese Entscheidung war mit Sicherheit schwer. Gerade Sigmar Gabriel wurde ja oft hemmungsloser Egoismus und anderes unterstellt. Mit diesem Schritt hat er seine Kritiker wie seine Anhänger überrascht. Respekt.

Sigmar Gabriel hat den Parteivorsitz 2009 nach der niederschmetternden Niederlage übernommen und die SPD in schwierigen Zeiten stabilisiert. Er hat die SPD aus der Opposition in die Regierung geführt und dank des ersten Mitgliederentscheids in der deutschen Parteiengeschichte über den Eintritt in eine Bundesregierung einen hervorragenden Koalitionsvertrag ausgehandelt. Nach Willy Brandt hat kein anderer die SPD so lange geführt wie er – er hat es gut gemacht, auch wenn er es der SPD manchmal nicht leicht gemacht hat.

- Fortsetzung Seite 2

Martina Stamm-Fibich

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 774 22
F 030 227 764 24

Wahlkreis Erlangen
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen

T 09131 812 653 3
F 09131 812 651 3

Wahlkreis Roth
Marktplatz 34
91207 Lauf an der Pegnitz

T 09123 999 818 0
F 09123 999 818 5

@ martina.stamm-fibich@bundestag.de

www.stamm-fibich.de



Gabriel, Steinmeier, Schulz

Martin Schulz ist der richtige Kandidat – wir freuen uns auf den Wahlkampf mit ihm. Er wird auf einem Sonder-Parteitag Ende Februar/Anfang März für das Amt des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten zur Wahl stehen. Und ich bin mir sicher: Er wird auch mit breiter Mehrheit gewählt werden.

Martin Schulz genießt durch seine einzigartige Arbeit als Präsident des Europäischen Parlaments, sein jahrzehntelanges Engagement gegen Rechtspopulismus und sein Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa eine große Glaubwürdigkeit. Seine Biographie zeigt, dass Aufstieg durch Leistung in dieser Gesellschaft möglich ist. Er war Kommunalpolitiker, Europapolitiker und gehört seit Jahren zur engeren Führung der SPD. In all diesen Aufgaben hat er eines gezeigt: Er kann führen und integrieren. Er hat klare Überzeugungen, aber immer auch den Blick für das Machbare. Er weiß, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich einander bedingen. Er weiß, dass gerechtere Gesellschaften leistungsfähiger, kreativer, wirtschaftlich erfolgreicher und demokratisch geschlossener sind.

Martin Schulz kann Brücken bauen. Er kann zusammenführen. Dabei bleibt er immer unseren sozialdemokratischen Grundwerten und Haltungen treu und tritt, wo es notwendig ist, kompromisslos für sie ein. Das ist genau das, was unser Land jetzt braucht.

Martin Schulz ist ein politisches Angebot an die Wählerinnen und Wähler in Deutschland, den Status Quo zu verändern. Er besitzt Glaubwürdigkeit, nicht nur für SPD-Anhänger, sondern auch im konservativen, linken, grünen und linksliberalen Milieu. Wir haben in dieser Regierung viel erreicht, aber vieles war mit der Union auch nicht möglich. Martin Schulz wird in den nächsten Wochen klar machen, wofür wir in diesem Jahr antreten.

Klar ist: Es gibt keine Gewissheiten für den Erfolg. Aber vieles spricht für Martin Schulz. Der Erfolg aber wird von uns allen abhängen.





Cannabis als Medizin: Bessere Versorgung für Schwerkranke

Schwerkranke Patienten können in Zukunft mit Cannabis therapiert werden. Das hat am 19. Januar 2017 der Bundestag beschlossen. Mit dem „Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ wird die Forderung einer Petition aus dem Jahr 2014 umgesetzt. Schwerkranke Patienten haben in Zukunft Zugang zu Cannabis-Arzneimitteln und bekommen die Kosten dafür von der Krankenkasse erstattet.

So weitreichend wie das jetzt beschlossene Gesetz war der Gesetzentwurf nicht. In der Experten-Anhörung im September 2016 hatte die SPD noch zwei Punkte kritisiert, die jetzt vom Tisch sind. Erstens hätten Patienten austherapiert sein müssen, bevor sie mit Cannabis therapiert werden können. Und zweitens war die Teilnahme an einer Begleitstudie verpflichtende Voraussetzung für die Möglichkeit, Cannabis-Arzneimittel einnehmen zu dürfen.

Diese beiden Punkte wurden nun auf Druck der SPD und von Experten angepasst. Im Gesetz steht jetzt ganz klar die Therapie-Hoheit des Arztes. Der Arzt muss zwar begründen, weshalb er einen Patienten mit Cannabis therapiert, der zuvor nicht alle anderen Therapie-Alternativen getestet hat. Aber mit dieser Regelung ist der ursprünglich enge Flaschenhals vom Tisch. Das neue Gesetz bringt Verbesserungen nicht nur für einen kleinen Teil der Patienten, sondern für alle, die eine solche Therapie benötigen. Zudem haben die Krankenkassen kein Veto-Recht mehr. Das stand ursprünglich im Gesetz. Wenn nun ein Arzt Cannabis verschreibt, müssen die Kassen die Kosten erstatten.

Auch die geplante Regelung zur Begleitstudie wurde angepasst. Patienten müssen zwar an einer Begleiterhebung teilnehmen. Darin werden aber nur die Daten abgefragt, die ohnehin bekannt sind. Der Zugang zur Therapie mit Cannabis ist damit niederschwelliger und vergrößert den Kreis derjenigen, die von der Therapie profitieren können.

Cannabis kann bei verschiedenen Krankheiten eingesetzt werden, zum Beispiel bei chronischen Schmerzen oder bei Multipler Sklerose. Mit dem Gesetz erkennen wir die Heilkraft von Cannabis an und ermöglichen schwerkranken Patienten die Therapie, die sie benötigen. Damit ist das Gesetz eine wichtige Verbesserung für die Patienten und ein Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion, die sich für die Änderungen im Gesetzentwurf stark gemacht hat. Als Mitglied des Petitionsausschusses freue ich mich besonders, dass den Anstoß eine Petition gab. Das Beispiel zeigt, dass die Bürgerstimme nicht ohne Gehör bleibt und dass es wichtig ist, die Praxis mit der Politik zu verknüpfen.

Hier gibt es mehr Infos zu diesem Thema:





Gute Landwirtschaft

Jedes Jahr im Januar dreht sich in Berlin alles um das Thema Landwirtschaft und Ernährung. Anlass ist die Internationale Grüne Woche, die weltweit wichtigste Ausstellung für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Dort präsentieren mehr als 1200 Aussteller die neuesten Produkte, Programme und Entwicklungen.



Pünktlich zur Grünen Woche demonstrieren jedes Jahr Tausende Menschen unter dem Motto „Wir haben es satt“ für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Wir wollen Fleisch essen, aber die Tiere sollen anständig gehalten worden sein. Wir wollen mehr Umweltschutz und keine Gentechnik in unserem Essen. Und wir wollen, dass die Bauern gut von ihrer Arbeit leben können. Diese Wünsche sind mehr als ein Trend, immer mehr Menschen denken so. Highlight ist in jedem Jahr die Treckerparade. Bauern auf ihren Traktoren führen die Demonstration an und werden bejubelt, darunter viele junge Frauen und Männer, denen der Stolz über ihre Arbeit in den Gesichtern geschrieben steht.

Wir wollen dabei nicht konventionelle gegen ökologische Landwirtschaft ausspielen, wir wollen und brauchen beides. Verbesserungen sind in beiden Systemen möglich.

Bei meinen Besuchen auf der Grünen Woche bestätigte sich der Eindruck, dass hier alle - auf ihre Weise und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – an einem Strang ziehen. Die Industrie, Umweltverbände, der Bauernverband, Menschen im Tourismus – für alle wird Nachhaltigkeit immer wichtiger.

Besonders freut mich, dass es mit dem staatlichen Tierschutzlabel nach Vorbild des Deutschen Tierschutzbundes jetzt voran geht. Allerdings strebt der Minister eine Markteinführung erst 2019 an – das ist viel zu spät! Minister Schmidt muss jetzt liefern.





Sorge um die Türkei

Staatschef Recep Tayyip Erdogan schreitet mit dem Umbau der demokratischen Türkei weiter voran. Das Parlament hat seine Pläne gebilligt, das parlamentarische System durch ein Präsidialsystem zu ersetzen. Damit entmachtet es sich selbst. Amnesty berichtet über massive Menschenrechtsverletzungen nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016. Und was macht der Europarat? Er ist zum Schweigen verdammt.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates findet viermal jährlich in Straßburg statt. In ihr kommen Parlamentarier zusammen, um für die Achtung der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten zu kämpfen. In öffentlichen Debatten werden akute Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Auch die Türkei ist Mitgliedstaat.

Die Demokratie wird abgeschafft, und keinen interessiert es

Das Präsidium des Europarates lehnte jedoch jetzt eine Dringlichkeitsdebatte zur Entwicklung in der Türkei ab. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Parlamentarischen Versammlung wurde nicht erreicht, um das Präsidium zu überstimmen. Leider ist dies symptomatisch für die aktuelle Lage. In der Türkei wird eine Demokratie in die Diktatur umgewandelt und man könnte meinen, es interessiert keinen. Das ist ein großer Fehler.

Türkei zwischen Terror und Repression

Die Menschenrechtssituation in der Türkei beschreibt Amnesty International mit „Zwischen Terror und Repression“. Die Zivilgesellschaft wird unter Druck gesetzt und eingeschüchtert. Kritikern droht die Verhaftung. Fast 400 Nichtregierungsorganisationen und rund 150 Medien wurden geschlossen. Fast ein Drittel der weltweit inhaftierten Journalistinnen und Journalisten befindet sich nun in der Türkei in Haft.

Mitten im Ausnahmezustand soll im April ein Referendum stattfinden. Deutschland, Europa und der Europarat müssen sich stärker gegen das Abdriften der Türkei in die Diktatur stellen. Der von Angela Merkel ausgehandelte EU-Flüchtlingspakt darf Europa nicht den Mund verbieten. Auch dafür brauchen wir Martin Schulz.





Klare Regeln für Drohnen

Drohnen haben Hochkonjunktur. Genutzt werden sie vom Filmproduzenten über den Sportflieger bis zum Vermessungsingenieur. Da sich dadurch aber auch Unfälle gehäuft haben, ist ein klares Regelwerk unausweichlich. Die geplante Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten wurde letzte Woche im Bundeskabinett beschlossen. Im Wesentlichen ist folgendes vorgesehen:

- Drohnen oder Modellflugzeuge die mehr als 0,25 Kilogramm wiegen, müssen mit einer Plakette gekennzeichnet werden.
- Bei einem Gewicht von mehr als 2 Kilogramm müssen besondere Kenntnisse nachgewiesen werden.
- Besitzer von Drohnen oder Modellflugzeugen mit einem Gewicht von über 5 Kilogramm benötigen zusätzlich eine Aufstiegserlaubnis der Landesluftfahrtbehörde.
- Drohnenflüge über sensiblen Bereichen wie Unfallorten, Wohngebieten oder Hauptverkehrswegen sind grundsätzlich verboten.
- Ein Betrieb in mehr als 100 Metern Höhe ist untersagt. Das gilt jedoch nicht auf Modellfluggeländen.
- Für die gewerbliche Nutzung wird das noch bestehende, generelle Betriebsverbot außerhalb der Sichtweite aufgehoben. Dieser wird in Zukunft genehmigungsfähig.

Grundsätzlich begrüße ich die beschlossene Drohnen-Verordnung.

Zu weit geht mir jedoch die Einschränkung für Modellflieger. Dass sie künftig eine Extraerlaubnis für Flüge über 100 Meter beantragen sollen, scheint mir überzogen.

Zu der Thematik gab es bereits einen Kompromissvorschlag, der mit dem Bundesverband der Modellfliegenden abgestimmt war: Ab einer Flughöhe von 100 Metern außerhalb von Modellflugplätzen sollten Modellfliegende einen Sachkundenachweis vorweisen müssen, der von den Vereinen hätte ausgestellt werden können. Diesem Kompromiss hat nach unseren Erkenntnissen das Bundesministerium der Verteidigung widersprochen.

Ich setze mich seit langem für die Modellflieger ein und werde das auch in Zukunft tun.

Obwohl das Parlament beim Erlass von Verordnungen nicht eingebunden wird, habe ich das Thema auf die Tagesordnung des Verkehrsausschusses im Bundestag gesetzt. Zudem hoffe ich, dass jetzt der Bundesrat im Sinne der Modellflieger verhandelt.

Details zu der Verordnung sind online unter folgendem Link abrufbar:

www.bmvi.de/drohnen

